

Ein Fall für zwei

Misstrauen auf der einen, Zweifel auf der anderen Seite. Das Verhältnis zwischen Polen und Deutschland ist zutiefst gespannt – und so richtig unternimmt keiner etwas dagegen

Wenn es um die deutsch-polnischen Beziehungen geht, sind der Schwärmerei keine Grenzen gesetzt – zumindest auf der Homepage des Auswärtigen Amtes. Von „herausgehobener Bedeutung“ ist da die Rede, von „einmaliger Dynamik“ und von „enger Partnerschaft“. Zu den „zahlreichen bilateralen Kontakten“ gehörten die deutsch-polnischen Regierungskonsultationen, wird hervorgehoben. Nur ein Detail fehlt: Wann sie zum letzten Mal abgehalten wurden. Bald fünf Jahre ist das her. Im November 2018 reiste die damalige Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) mit etlichen Ministern nach Warschau.

Seitdem steht die Gegeneinladung nach Berlin aus. Auch Merkels Nachfolger Olaf Scholz (SPD) hat bisher keine ausgesprochen. „Das kann doch nicht sein, dass es seit Jahren mit Polen keine Regierungskonsultationen gegeben hat“, kritisiert der Vorsitzende der Deutsch-Polnischen Parlamentariergruppe, Paul Ziemiak (CDU). Wenn es die Bundesregierung für Konsultationen nach Japan schaffe, „sollte Warschau nicht zu weit weg sein“. Seit Beginn des russischen Angriffskriegs habe Scholz – von der Durchreise nach Kiew abgesehen – kein einziges Mal Polen besucht.

Tatsächlich gelten die Beziehungen zwischen Deutschland und seinem größten östlichen Nachbarn mittlerweile als schwerer Problemfall. Die Differenzen in der Ukraine-Politik hätten das deutsch-polnische Verhältnis „in die tiefste Krise seit der Wende 1989/1990 gestürzt“, beklagt der frühere deutsche Botschafter in Warschau, Rolf Nickel, in einem Buch über Deutsche und Polen als „Feinde, Fremde, Freunde“. [...] Die Kritik, dass vor allem Deutschland nicht genug tue für die Ukraine, hält sich nirgendwo – auch in Kiew nicht – so hartnäckig wie in Warschau. Wie ausgeprägt das Misstrauen zu sein scheint, bekam die Bundesregierung zu spüren, als sie es am wenigsten erwartete. Nach einem Raketeneinschlag im polnischen Dorf Przewodów nahe der ukrainischen Grenze bot Deutschland im November die Stationierung von *Patriot-Flugabwehrsystemen* in Ostpolen an. Überraschend ließ die Regierung in Warschau wissen, man solle die

Abwehrraketen doch lieber an die Ukraine liefern. [...] Polens Regierung nahm das Angebot aus Berlin dann aber doch an. Seit Ende Januar sind 320 Männer und Frauen der Bundeswehr mit drei Patriot-Systemen im Südosten Polens im Einsatz. Zu einer nachhaltigen Entspannung zwischen Berlin und Warschau hat das nicht geführt. Mit Argwohn wird in Warschau verfolgt, wie ernst es Deutschland mit der von Kanzler Scholz verkündeten Zeitenwende im Verhältnis zu Russland ist. Über Jahre hatte Polen versucht, Deutschland vom Pipeline-Projekt Nord Stream 2 abzubringen, das dann erst kurz vor dem russischen Überfall auf die Ukraine gestoppt wurde. Noch bei seinem Antrittsbesuch in Warschau hatte Scholz polnische Kritik abgewiegelt und lieber über die deutsche Energie-wende gesprochen. Das wirkt nach. „Die politische Führungsrolle in der EU, die die Bundesregierung lautstark propagiert, muss im Osten des Kontinents neu verdient werden“, konstatiert Ex-Botschafter Nickel. Allerdings herrschen in Berlin Zweifel, ob Polen unter seiner jetzigen Führung überhaupt an verbesserten Beziehungen zu Deutschland interessiert ist – von einer deutschen Führungsrolle in der EU ganz zu schweigen.

So hat der Krieg in der Ukraine wenig an der EU-skeptischen Haltung der Regierung in Warschau geändert. Nicht ausgeräumt ist der Konflikt um den Abbau des Rechtsstaates in Polen. Die Vorstellungen über die Zukunft der Europäischen Union gehen weit auseinander. Reformvorschläge, wie sie Scholz im Sommer in Prag unterbreitet hat, wies der polnische Ministerpräsident Mateusz Morawiecki in einer Grundsatzzrede in Heidelberg im März zurück. „Das ist sehr oft ein getarnter Vorschlag zur Föderalisierung und de facto zur Zentralisierung“, monierte er.

Im Herbst präsentierte die polnische Regierung überdies eine seit Jahren angekündigte Rechnung. Deutschland soll für Weltkriegsschäden Reparationen in Höhe von 1,3 Billionen Euro zahlen – eine Forderung, für die die Bundesregierung keinerlei Rechtsgrundlage sieht. „Die deutsche Position ist richtig. Wir sollten vor allem über Zukunftsfragen diskutieren“, meint auch der CDU-Mann Ziemiak. Verständnis hat er aber für Vorhaltungen, dass über die polnischen Leiden unter deutscher Besatzung in Deutschland viel zu wenig bekannt sei. [...]

Quelle: Daniel Brössler, *Süddeutsche Zeitung*, 20. April 2023